



INFO: Dalit Solidarität

No.22

Massive Mittelverschiebung für die Commonwealth-Spiele auf Kosten der Dalits

Ende August 2010 hat der indische Innenminister Chidambaram zugegeben, dass Beamte der indischen Regierung in großem Umfang Mittel, die zur Förderung der Dalits bestimmt waren, für die Finanzierung der Maßnahmen zur Durchführung der Commonwealth-Spiele (C-S) verwendet haben. Nach seinen Angaben handelt es sich dabei um einen **Beitrag von fast 679 Crores Indischer Rupien (ca. 112,2 Mio. €)**

Indira Gandhi hatte während des von ihr über Indien verhängten Ausnahmezustandes Mitte der 70-er Jahre zur Befriedung der Dalits den „Special Component Plan“ eingeführt, der besagte, dass in allen Etatposten sowohl der Bundesregierung als auch der Bundesstaaten ein bestimmter Anteil für die Förderung der Dalits bereitgestellt werden müsse. Diese Bestimmung geriet zwar schon bald wieder in Vergessenheit bzw. wurde von niemandem wirklich ernst genommen - aber in den letzten beiden Jahren hat die „National Campaign on Dalit Human Rights (NCDHR)“ zusammen mit anderen Aktionsgruppen dieses Gesetz aufgegriffen und eingefordert. Im Zusammenhang mit den C-S hatte das „Housing and Land Rights Network (HLRN)“ um den früheren VN-Sonderberichterstatter zum Recht auf angemessenes Wohnen, Miloon Kothari, im Mai eine Studie herausgebracht, in der u.a. mit Hinweis auf unabhängige Schätzungen gemutmaßt worden war, dass die Kosten für die C-S um das 16-fache gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung gestiegen seien (die Regierung selbst hatte schon zuvor eine Steigerung um das 5-fache eingestanden). Um diese Kostensteigerungen zu kaschieren sind riesige Mittel für Sozialprogramme zugunsten der Dalits „umgeleitet“ worden. Miloon Kothari hatte in seiner Studie noch eine Verschiebung von ca. 45 Mio. € konstatiert und deshalb eine Untersuchung der Ausschreibungs- und Abrechnungsvorgänge gefordert.

Verbunden mit seinem Eingeständnis einer weit umfangreicheren Mittelverschiebung, die auch seiner Meinung nach gegen die erst in 2006 revidierten Richtlinien für den „Special Component Plan“ verstöße, hat Chidambaram angekündigt, dass die Mittel wieder in die Sozialprogramme zurückgeführt wür-

den, verwies aber gleichzeitig darauf, dass ähnliche Praktiken in vielen Bundesstaaten üblich seien. Sein Eingeständnis widerspricht zahlreichen früheren Stellungnahmen offizieller Stellen der Bundesregierung, aber auch der Chef-Ministerin von New Delhi, die noch im Juli mit folgenden Worten gelegnet hatte, dass Mittel verschoben worden seien: „Seien Sie versichert, dass nicht ein einziges Wohlfahrtsprogramm darunter gelitten hat. Nichts von dem, was wir ausgegeben haben stammt aus Wohlfahrtsprogrammen oder irgendwelchen anderen Fonds. Es hat keine Mittelverschiebung aus den Wohlfahrtsprogrammen für die Scheduled Castes/Scheduled Tribes [Dalits/Adivasi] gegeben!“ Die jetzige Stellungnahme ist auf die unermüdlichen Aktivitäten der Aktionsgruppen zurückzuführen, die eine Offenlegung der Lage forderten und diese mit Hilfe des Gesetzes zum „Recht auf Information (RTI)“ schließlich auch selbst darstellen konnten.

Mit einer Presseerklärung haben HLRN und NCDHR jetzt weitergehende Untersuchungen und eine Bestrafung der verantwortlichen Beamten gefordert. Sie verlangen die schnelle „Rückführung“ der Mittel in die Programme zur Unterstützung z.B. der LatrinenreinerInnen, zur Gründung und Förderung von Kleinunternehmen, für Kredite, Ausbildung und Schulung, sowie zum Bau von Häusern von Dalits.

Besuch von Plattformvertretern im Bundeskanzleramt und im AA

Ende Juli hatte der Koordinator der Plattform die Gelegenheit, nicht nur die neuen MitarbeiterInnen des Auswärtigen Amtes (sowohl jene im Südasienreferat als auch jene beim neuen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung) sondern erstmals auch die im Bundeskanzleramt zuständigen MitarbeiterInnen für Südasien zu treffen und mit ihnen die Situation der Dalits v.a. in Indien und die gegenwärtig beim Menschenrechtsrat anstehenden Schritte zu diskutieren.

Auch wenn ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin selbst nicht möglich war, darf der „Vorstoß“ in das Bundeskanzleramt dennoch als ein Erfolg unserer Lobbybemühungen gesehen werden. Die Gesprächspartner dort haben auf den ausführlichen Austausch der Kanzlerin mit einer indischen Partne-

rin der Plattform bei ihrem Besuch in Mumbai Ende 2008 verwiesen und erneut die Entschlossenheit der Kanzlerin hervorgehoben, sich in dieser Menschenrechtsfrage zu engagieren. Frau Merkel hatte damals nach diesem Gespräch die Kastenfrage mit dem indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh angesprochen!

Im Frühjahr dieses Jahres gab es im Auswärtigen Amt einen Wechsel in der Position des Menschenrechtsbeauftragten. Günter Nooke (CDU), mit dem wir einen regelmäßigen Gedankenaustausch über die Dalitfrage hatten, wurde von Markus Löning (FDP) abgelöst. Es ist wichtig, auch mit ihm einen ähnlich intensiven Austausch aufzubauen, um v.a. in der Frage der Studie „Grundsätze und Leitlinien“ weiterzukommen. Diese Studie war von 2 Sonderberichterstattenden noch vor der Reform der UN-Strukturen erstellt worden, geriet dann aber in die „Mühle“ dieser Reform und die indische Regierung versucht hinter den Kulissen alles, um sie nicht auf die Tagesordnung des Menschenrechtsrats gelangen zu lassen.

Das „Internationale Dalit Solidaritäts Netzwerk“ hat in der deutschen Vertretung in Genf allerdings ganz offenbar einen starken Verbündeten, die „Grundsätze und Leitlinien“ in die Beratung durch den Menschenrechtsrat einzuspeisen und von ihm verabschieden zu lassen. Im März 2011 sollen dazu neue Vorstöße gemacht werden.

Studie eines indischen Arbeitgeberverbandes (CII) über den Anteil der Dalits und Adivasi (SC's und ST's) an der Belegschaft seiner Mitgliedsfirmen

Ganz überraschend hat sich der indische Arbeitgeberverband CII (Confederation of Indian Industries) mit einem Presseartikel im Indian Express Mitte Januar 2011 zu einem sehr brisanten Thema geäußert: zur Diskriminierung der Dalits und Adivasi in der Arbeitswelt. Der Artikel erschien gar auf der ersten Seite dieser überregionalen Zeitung und war mit der klaren Botschaft überschrieben: „SC's/ST's fehlen in den Belegschaften der Privatwirtschaft“.

Im Beitrag wird in den einleitenden Sätzen weiter klar festgestellt: „Die erste je stattgefundene zahlenmäßige Erhebung in der Belegschaft der indischen Industrie hat klar zutage gefördert, dass der Anteil der Beschäftigten aus der Gruppe der Dalits und Adivasi in der Privatwirtschaft gerade in einigen der am stärksten industrialisierten Bundesstaaten kaum ihren tatsächlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung dieser Bundesstaaten reflektiert.“

Die einzigen Ausnahmen bilden hier Kerala und v.a. Tamil Nadu als dem am stärksten industrialisierten Bundesstaat: dort liegt der Anteil der Beschäftigten bei 18% (Anteil an der Bevölkerung: 20%), während

in Maharashtra, Gujarat, Karnataka, Madhya Pradesh, Rajasthan, Delhi, Haryana und West-Bengalen ein krasses Missverhältnis besteht! In Maharashtra ist das Verhältnis z.B. 5% Beschäftigte zu 19% Bevölkerungsanteil; in Gujarat 9% zu 22%, in Kamataka 9% zu 23%, in Madhya Pradesh 11% zu 34%!

Ganz anders soll die Situation erstaunlicherweise in jenen Bundesstaaten aussehen, die nur gering industrialisiert sind: in Bihar, z.B., das auf Platz 17 beim Industrialisierungsgrad steht, hat der Anteil der SC's und ST's an der Belegschaft 25% bei einem Bevölkerungsanteil von knapp 17% erreicht. Im Adivasi-Bundesstaat Chhattisgarh ist das Verhältnis 50% zu gut 43%!

Es sollte hier darauf hingewiesen werden, dass nur die Mitgliedsunternehmen der CII, des allerdings größten Arbeitgeberverbandes, Gegenstand der Untersuchung waren – insgesamt etwas mehr als 3,5 Millionen Beschäftigte in 22 Bundesstaaten. Dennoch dürfte das Bild einigermaßen repräsentativ für die gesamte indische Industrie sein und die im Bericht genannten Zahlen zeigen schon einen erheblichen Handlungsbedarf auf.

Aber es bleiben auch noch eine ganze Reihe Fragen offen:

- Die reine Zahl der Beschäftigten gibt noch keine Auskunft über die Art der Beschäftigung. In der Klassifizierung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst Indiens gibt es 4 hierarchische Kategorien und dort zeigt sich, dass die niedrigste die Quote schon immer gut erfüllt hat, weil es sich dabei um „minderwertige“ Tätigkeiten handelt (Reinigung, Wachdienste, einfache Dienstleistungen usw.), die „höherkastige“ Beschäftigte sowieso nicht gerne übernehmen. Die höheren Kategorien weisen dagegen starke Defizite in der Dalitquote auf. In der Industrie wird es derzeit noch kaum anders aussehen.
- Bei unseren Vorstößen zu Quotenregelungen in Betrieben mit deutscher Beteiligung oder deutscher Leitung wurde uns immer gesagt, dass bei der Einstellung bewusst nie nach der Kaste gefragt werde, weil das als ein Ansatzpunkt für diskriminierende Einschätzungen gewertet werden könnte. Auf unsere Nachfragen nach der Zusammensetzung der Belegschaft wurde deshalb immer gesagt, dass darüber keine Zahlen vorlägen. Es ist also zu fragen, ob solche speziell für diese Studie im Detail erhoben worden sind.
- Weitere Fragen beziehen sich auf das Motiv und den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie. Der Zeitungsartikel nennt als Motiv den Druck, unter dem sich CII sieht, weil die Regierung Singh im Rahmen ihrer Zielsetzung ein „inklusives Wachstum“ zu erreichen, auch mit einer Gesetzgebung zu einer Quotenregelung für die Privatindustrie droht, wenn

diese nicht selbst wirksame Maßnahmen ergreift und handfeste Ergebnisse vorweisen kann. Der Verlauf des Gesprächs, das wir von der Plattform bei unserem Besuch in der CII im November 2010 geführt haben, lässt diese Interpretation allerdings als fraglich erscheinen. Wir haben dort unsere bisherigen Bemühungen geschildert und dann unser Vorhaben erläutert, von unabhängigen Wissenschaftlern eine Studie über die Zusammensetzung der Belegschaft in einigen „deutschen“ Unternehmen anfertigen zu lassen, um eine Basis für Gespräche über mögliche Maßnahmen für mehr Diversität und Inklusivität in den Betrieben zu haben – also genau das, worüber jetzt als Studie der CII in der Zeitung berichtet wurde. Allerdings haben unsere Gesprächspartner (darunter immerhin die stellvertretende Generaldirektorin) dabei ihre (geplante) Studie mit keinem Ton erwähnt. Im Gegenteil: auf unsere Nachfrage, ob Monitoringberichte zu ihren Ende 2006 verabschiedeten Leitlinien zu „Affirmative Action“ existierten, wurde uns erläutert, dass es zwar einzelne Fortschritte gebe, diese aber insgesamt zu gering seien als dass man sie in einem Bericht darstellen wolle (!!!) und haben sich dabei sehr über die mangelnde Kooperation der Personalchefs in der Umsetzung der Leitlinien in den Mitgliedsunternehmen beklagt. Erst auf unser Drängen hin willigten sie ein, einen ersten solchen Bericht zu machen, weil sie wohl eingesehen hatten, dass ein solcher Bericht auch einen Druck auf die Unternehmen ausüben würde – wie jetzt die Veröffentlichung dieser Ergebnisse auch.

Wie dem auch immer sei – wir nehmen an, dass auch unser Lobby-Vorstoß in der CII zur Veröffentlichung der oben zusammengefassten Studie beigetragen hat. Wir haben darum gebeten, den ausführlichen Bericht zu bekommen und wollen auf alle Fälle diese Ergebnisse für unsere weitere Arbeit im Zusammenhang der „Diversität in deutsch-indischen Unternehmen“ nutzen. Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht: bei mehreren Besuchen in „deutschen“ Firmen im Januar waren die Reaktionen auf unseren Vorstoß positiver als je zuvor. Es sieht also so aus, als ob wir in den kommenden Jahren an dieser Stelle durchaus einige Fortschritte für die Dalits (und Adivasi) erreichen können.

Konferenz indischer Kirchen über kastenbedingte Diskriminierung in den Kirchen

Im März 2009 hat in Bangkok eine Ökumenische Konferenz über „Justice for Dalits“ stattgefunden, die mit ihrer Erklärung die Geschwisterkirchen überall auf der Welt dazu aufrief, sich für die Überwindung der kastenbedingten Diskriminierung einzusetzen. Während sich diese Konferenz also schwerpunktmäßig nach außen richtete, sollte sich die Nachfolgekonne-

renz intensiv mit der Rolle der indischen Kirchen selbst bei dieser Aufgabe auseinandersetzen. Die vom indischen Kirchenrat in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und dem Lutherischen Weltbund organisierte Konferenz fand vom 22. bis 25. Oktober 2010 in New Delhi statt. Etwa 50 VertreterInnen indischer Kirchen und Dalitaktivisten mit christlichem Hintergrund diskutierten über die Situation der Dalits in den Kirchen und über ein mögliches „Kairos-Dokument“.

Allerdings wollten die TeilnehmerInnen dann doch nicht so weit gehen und dieses Wort für die am letzten Tag verabschiedete Erklärung verwenden. Aber die Erklärung geht doch so weit, zu konstatieren, dass ein Denken in Kastenkategorien „Sünde“ sei, weil es von einer angeborenen Ungleichheit der Menschen ausgehe. Diese Argumentation wird dann weitergeführt und postuliert, dass jegliche Form der Diskriminierung, die auf einem solchen Denken basiert, ein Verbrechen sei!

Dabei war es bewegend, wie drei Aktivisten der „Nationalen Kampagne zu den Menschenrechten für Dalits“ darlegten, wie ihr Aufwachsen in einem relativ geschützten christlichen Raum zu ihrem Selbstbewusstsein beigetragen und ihnen erst ermöglicht habe, heute so deutlich gegen die kastenbedingte Diskriminierung aufzutreten und klare Forderungen zu ihrer Überwindung zu erheben. Ähnlich eindrucksvoll war auch, wie Bischöfe Verfehlungen ihrer Kirchen bezeugten, so z.B., dass es noch immer vorkomme, dass Dalit-Pfarrer „höherkastigen“ Gemeindemitgliedern nicht das Abendmahl reichen oder Trauungen für diese vollziehen dürften.

Es blieb allerdings offen, was die einzelnen Kirchen nun konkret gegen die noch immer vorkommende kastenbedingte Diskriminierung in ihren eigenen Reihen tun wollen bzw. sollen. Dies ist allerdings die eigentliche Herausforderung: aus meiner Sicht sollten sie sich dazu durchringen, für ihre jeweilige Diözese oder ihre Kirche einen Aktionsplan zu erstellen, in dem klare Vereinbarungen getroffen werden, welche Problemfelder sie angehen wollen und was genau sie bis wann überwunden haben wollen. Das müsste nicht gleich sehr viel sein, aber man sollte wenigstens einen Anfang machen, um so schon einmal deutlich zu machen, dass man auf das Ideal einer „kastenfreien“ christlichen Gemeinschaft zusteuert!

Konsultation über „Landreform im Kontext sich verändernder landwirtschaftlicher Verhältnisse – Herausforderungen und mögliche Strategien“

In einer Serie von Gesprächen hat der Koordinator der Plattform über eine längere Zeit die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Kampagne zu Landrechten für Dalits eruiert und mit anderen nach We-

gen gesucht, wie die vielen vorhandenen Initiativen zu einer starken Bewegung gemacht werden könnten. In diesen Gesprächen wurde diese Idee ausdrücklich begrüßt und unterstützt, gleichzeitig wurde aber auch klar, dass es dabei nicht um den Versuch gehen konnte, diese Initiativen unter einem wie immer auch gearteten Dach zusammenzubringen. Deshalb sollte eine Konsultation zunächst einmal eine Art Bestandsaufnahme vornehmen und mögliche zukünftige Schritte abstecken. Diese fand am 29. und 30. Oktober in Hyderabad statt; etwa 60 AktivistInnen (sowie ein paar wenige VertreterInnen akademischer Institute und der indischen Bürokratie) aus allen Teilen Indiens und mit verschiedenen „ideologischen“ Ausrichtungen nahmen daran teil.

Die Bestandsaufnahme war sehr breit angelegt und beleuchtete viele Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung, welche die Frage einer Landreform heute in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen als noch vor 15 Jahren. Hier können nur ein paar wenige Aspekte beispielhaft erwähnt werden.

Während damals Land noch primär unter Gesichtspunkten einer direkten Existenzsicherung und Nahrungsversorgung gesehen wurde, gewinnen heute Verwertungsgesichtspunkte eine viel stärkere Rolle. So nimmt die Spekulation mit Land rasant zu, Landbesitzer ziehen in die Stadt, überlassen Pächtern das Land (oder lassen es brach liegen) und investieren ihr Geld in industrielle oder Dienstleistungsunternehmen. Durch den Landhunger der industriellen Entwicklung Indiens gewinnt Land in der Nähe der Städte ungeheuer an Wert und wird deshalb noch stärker umkämpft als bisher. Die Regierung hat der Landzuteilung für die industrielle Nutzung und für die Infrastrukturentwicklung eindeutig die Priorität gegeben.

Gleichzeitig wurde auch die Frage aufgeworfen, wie nachhaltig ein Landbesitz die Lebenssituation der Dalits verbessern und ihre Nahrungsversorgung sichern kann. Auch wenn deutlich geworden ist, dass Landbesitz für Dalits über diese Faktoren hinaus auch eine symbolische und gesellschaftliche Dimension hat, muss diese Frage ernsthaft geprüft werden und in mögliche Strategien der Armutsbekämpfung einbezogen werden. In einer Nachbesprechung der Konsultation im Januar wurde dieser Aspekt besonders intensiv diskutiert und vorgeschlagen, den Entwicklungsorganisationen nicht-landwirtschaftliche Formen der Existenzsicherung für Dalits als einen zukünftigen Förderschwerpunkt zu empfehlen (konkret wird das v.a. beruflich-technische Ausbildung bedeuten).

Leider hat Indien (im Vergleich zu China) dafür bisher keine sehr günstigen Voraussetzungen, wie ein Beitrag während der Konsultation herausarbeitete. Indiens wirtschaftliches Wachstum ist weitgehend ein Wachstum ohne Beschäftigungszuwachs, weil es nur

einen schwachen sekundären Sektor (industrielle Produktion) aufweist. Außerdem hat Indien auch unter den Dalits eine Zivilgesellschaft, die – bei aller Kritik an Gandhis Idee der autarken Dorfgemeinschaften (Swadeshi) – starke anti-industrielle Züge trägt und wohl einige Schwierigkeiten haben wird, aktiv eine beschäftigungsorientierte Industrialisierung zu fordern und zu fördern.

Zusätzliche Konsequenzen aus der Konsultation müssen in weiteren Gesprächen noch gezogen werden.

Termine – bitte vormerken

Hier noch die wichtigsten Termine für die Arbeit der Plattform für 2011!

Beim Kirchentag wollen wir noch einmal das „indische Dorf“ aufbauen und wären wieder für eine **zahlreiche Unterstützung** bei der Führung durch das Dorf dankbar. Er findet vom **1. bis zum 5. Juni in Dresden** statt. Wir verschicken dazu noch eine gesonderte Anfrage. Das jährliche **Indienseminar in Bad Boll** findet vom **23. bis 25. September** statt. Als Thema ist „*Deutschland - Indien. Strategische Partnerschaft für Klimagerechtigkeit*“ vorgesehen.

Die **Jahresversammlung der DSiD** wird wieder daran angehängt und findet entsprechend vom **22. bis 23. September** ebenfalls in Bad Boll statt.

Als Termine für die **Steuergruppe** wurden der **1. April** und der **2. Dezember** (in Frankfurt) festgelegt.

Dalit-Info Nr. 22 – Januar 2011

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

Kontaktadresse: Friedhofstraße 32, 71088 Holzgerlingen, Tel.: 07031/4364733, Fax: 0711/2159288

e-mail: w.hahn@brot-fuer-die-welt.org

Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph.Müller.

Website: www.dalit.de

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Evang. Studentengemeinde II Frankfurt, das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, das Dritte Welt Haus Frankfurt, FIAN International, HEKS (Schweiz), Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, Das Hunger-Projekt, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor, EED und das „Dalit Freedom Network“ als Beobachter.

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.